



**Lisa Paus**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Sprecherin für Finanzpolitik



**Sven Giegold**

Mitglied des Europäischen Parlaments  
Finanz- und wirtschaftspolitischer Sprecher  
der Fraktion Grüne/EFA

Lisa Paus, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

An:

Bundesministerium für Finanzen,  
Bundesfinanzminister Olaf Scholz  
Wilhelmstraße 97  
10117 Berlin

Ebenso an:

Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz,  
Bundesjustizministerin Christine Lambrecht

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie  
Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier

**Betreff: Deutsche EU-Ratspräsidentschaft - Blockade bei Steuertransparenz beenden**

Berlin, 30.07.2020

Sehr geehrte Frau Bundesjustizministerin, sehr geehrte Frau Lambrecht,  
sehr geehrter Herr Bundesfinanzminister, sehr geehrter Herr Scholz,  
sehr geehrter Herr Bundeswirtschaftsminister, sehr geehrter Herr Altmaier,

am 1. Juli 2020 hat Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft übernommen. Die Herausforderungen in Europa sind groß, doch es gibt auch Grund zur Hoffnung: mit den richtigen Entscheidungen können die kommenden Monate maßgeblich dazu beitragen, der Idee eines gerechten und nachhaltigen Europas neues Leben einzuhauchen.

Auf der Agenda stehen eine Reihe wichtiger Vorhaben. Doch die europäische Initiative für mehr öffentliche Steuertransparenz von internationalen Konzernen, das sogenannte Country-by-Country-Reporting, taucht auf der Tagesordnung bisher nicht auf. Dabei sind die Verhandlungen dazu im Rat, wie Sie wissen, bereits weit fortgeschritten. Ein unter finnischer Präsidentschaft ausgearbeiteter Kompromissvorschlag wurde von einer Vielzahl von Mitgliedstaaten unterstützt und nur knapp bei einer Abstimmung in der Sitzung des Rates für Wettbewerbsfähigkeit am 28./29. November 2019 abgelehnt. Es gibt Grund zur Annahme, dass sich die Mehrheitsverhältnisse noch einmal geändert haben und es nun eine Mehrheit für diesen Vorschlag gibt. Wie Sie auch wissen, gibt es im Europäischen Parlament seit langer Zeit eine breite Unterstützung aller pro-europäischen Parteien für diesen Vorstoß - einschließlich Ihrer sozialdemokratischen und konservativen Schwesterparteien.



Im Sinne des Selbstverständnisses als "neutraler Vermittler" sollte die deutsche Ratspräsidentschaft auch dieses laufende Gesetzesvorhaben weiter vorantreiben und erneut zur Abstimmung bringen. Eine Abstimmung zu blockieren, wäre damit nicht vereinbar.

Wir sind davon überzeugt, dass ein Mindestmaß an öffentlicher Transparenz darüber, wo internationale Konzerne wirtschaftlich aktiv sind, ihre Gewinne machen und Steuer zahlen, wichtiger ist denn je. Mehr öffentliche Steuertransparenz ist sowohl die Grundlage für weitere Reformen zur Eindämmung aggressiver Steuervermeidung, als auch die Voraussetzung für eine wirksame und gerechte Umsetzung der internationalen Besteuerungsprinzipien, einschließlich der geplanten Mindestbesteuerung.

Die praktischen Erfahrungen mit erweiterten Offenlegungspflichten haben mittlerweile viele der anfänglichen Bedenken gegen eine Veröffentlichung dieser Informationen zerstreut. Die Beispiele aus einzelnen Branchen wie dem Bankensektor oder der Rohstoff- und Forstwirtschaft, wo solche Transparenzanforderungen seit Jahren ohne negative Konsequenzen für die Wettbewerbsfähigkeit Standard sind, bestätigen das. Immer mehr wissenschaftliche Studien zeigen zudem die positiven Effekte von öffentlicher Kontrolle: in Bezug auf den Rückgang von aggressiver Steuervermeidung, Gewinnverschiebung und Steuerdumping von Staaten. Rechtliche Vorarbeiten und Praxis zeigen, dass sich öffentliche Transparenz und der Anspruch der Unternehmen auf Wahrung von Geschäftsgeheimnissen sinnvoll in Einklang bringen lassen.

Wir fordern Sie daher als zuständige(n) Minister/in mit Nachdruck auf, sich in der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass Deutschland die Offenlegung von Ertragsteuerinformationen (das sogenannte Country-by-Country Reporting on Taxes - CBCR) auf die Agenda des anstehenden Wettbewerbsrats im September setzt und zur Abstimmung bringt.

Deutschland darf nicht länger diesen europäischen Fortschritt blockieren. Während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft bietet sich die einmalige Chance, greifbare Fortschritte im Kampf gegen aggressive Steuervermeidung und für ein gerechtes Europa zu erzielen. Diese Chance nicht zu nutzen, wäre beschämend. Geben Sie Europa Grund zur Hoffnung und hauchen Sie auch der Idee eines gerechten und nachhaltigen Europas neues Leben ein.

Bei den anstehenden Verhandlungen wünschen wir Ihnen viel Erfolg und einen guten Gerechtigkeitskompass.

Mit freundlichen Grüßen

Lisa Paus, MdB  
Bündnis 90 / Die Grünen  
Sprecherin für Finanzpolitik

Sven Giegold, MdEP  
Finanz- und wirtschaftspolitischer  
Sprecher der Fraktion Grüne/EFA